

Wird bald die gesamte AfD beobachtet?

Eine Überwachung würde den internen Machtkampf verschärfen.

VON KATJA BAUER

BERLIN. Verschwiegenheit gehört zum Job des Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang. Aber manchmal lohnt es sich genau hinzuhören, auf welche Weise der Geheimdienstchef Aussagen vermeidet. So wies er zum Beispiel vor Kurzem im Interview mit unserer Zeitung darauf hin, dass sich nach seinem Eindruck „der Rechtsextremismus in Teilen der AfD stärker ausbreitet, selbst wenn einzelne Personen aus der Partei hinausgedrängt werden“. Es spricht also viel dafür, dass der Geheimdienst demnächst entscheidet, die Gesamtpartei zu beobachten. Vor zwei Jahren hatte Haldenwangs Truppe mit einer Prüfung dieser Frage begonnen. Länger, so heißt es im Amt, solle eine Prüfung nicht dauern.

Und so rechnen auch innerhalb der Partei inzwischen alle damit, dass die Entscheidung noch im Januar fällt und die AfD dann als rechtsextremistischer Verdachtsfall gilt. Das wäre ein Novum in der Bundesrepublik: Eine Partei, die im Bundestag und in allen Landesparlamenten sitzt, wird wegen des Verdachts verfassungsförderlicher Bestrebungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Der Geheimdienst könnte dann Funktionen der Partei überwachen, eingeschränkt auch Abgeordnete. Die AfD selbst ist auf diesen Schritt gefasst – und zu ihrer Abwehrstrategie gehört es, den Verfassungsschutz als politisches Instrument in den Händen ihrer Gegner darzustellen. „Der Verfassungsschutz agiert in der Frage der AfD rein politisch“, sagte die baden-württembergische Landesvorsitzende Alice Weidel: Eine Beobachtung der AfD werde vor dem Bundesverfassungsgericht „keinen Bestand haben“.

Zitat des Tages

„Es ist nicht entscheidend für das Helfen, warum Menschen in Lebensgefahr geraten, sondern nur, dass sie in Lebensgefahr sind.“

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender Evangelische Kirche

Foto: dpa/Wolfgang Kumm



Kurz berichtet

Verfassungsschützer geht

SCHWERIN. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Torsten Renz (CDU) hat den Leiter des Landesverfassungsschutzes, Reinhard Müller, entlassen. Damit zog er erste personelle Konsequenzen aus dem Agieren der Behörde im Zusammenhang mit Informationen zum Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäter Anis Amri. Müller hatte eingeräumt, dass eine V-Mann-Aussage zum möglichen Umfeld Amris nicht sofort an die zuständigen Ermittler weitergereicht wurde. (dpa)

Haft für Ex-EU-Abgeordneten

BUKAREST. Der frühere rumänische EU-Abgeordnete Marian Zlotea ist wegen Korruption zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das Appellationsgericht befand den 49-Jährigen der Annahme von Bestechungsgeld und der Gründung einer organisierten kriminellen Vereinigung für schuldig. Als Präsident des Amts für Veterinärschutz und Lebensmittelüberwachung 2009/10 habe er seine Untergebenen gezwungen, seiner inzwischen aufgelösten Partei Geld zu spenden. (dpa)

Kein Bann gegen Luther?

HAMBURG/TÜBINGEN. Die katholische Theologin Johanna Rahner hat von ihrer Kirche die Rehabilitation von Martin Luther gefordert. Die Aufhebung der vor 500 Jahren von Papst Leo X. über den Reformator verhängten Bannbulle könnte ein wichtiges Zeichen der Ökumene werden, erklärte die Tübinger Dogmatik-Professorin in der „Zeit“. (epd)

Optimismus mitten in der Krise? Die Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg spricht eine klare Sprache: Die Menschen sehen dem Jahr 2021 überwiegend mit Zuversicht entgegen. Immerhin 40 Prozent blicken mit Hoffnungen in das Jahr, nur halb so viele mit Befürchtungen. Zwar äußern auch viele eine skeptische Haltung, doch in den vergangenen drei Monaten sind offenbar viele ins Lager der Zuversichtlichen gewechselt, trotz steigender Infektionszahlen. Nur jeder achte Berufstätige macht sich Sorgen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das Krisenmanagement der Politik erfüllt viele Menschen mit der Zuversicht, dass sich die Krise meistern lässt.

Anders als geradezu hasserfüllte Posts in sozialen Netzwerken sind die Ergebnisse solcher Umfragen mehr als persönliche Meinungsäußerungen, denn sie geben einen repräsentativen Einblick in die Sichtweisen auch derer, die sich nicht in Facebook & Co. gegenseitig zu übertönen versuchen. Im Getöse der sozialen Medien sind viele von denen unhörbar, die der Ansicht sind, dass es so schlecht nun auch wieder nicht läuft in der Krise, auch nicht im Südwesten. Die Umfrage zeigt, wie groß schweigende Mehrheiten zuweilen sein können.

Ganz anders sieht die Einschätzung allerdings aus, wenn es um das Gemeinwesen und seine Zukunft geht. Die Zahl derer, die

Leitartikel

Eine Stimme für die schweigende Mehrheit

Die sozialen Medien bilden die Stimmung der Menschen im Land nur teilweise ab.

VON KLAUS KÖSTER



einen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Land erwarten, ist sechsmal so hoch wie die der Menschen, die mit einem Rückgang rechnen. 40 Prozent erwarten einen dauerhaften Verlust an Attraktivität der Innenstädte. Auch mit Blick auf die längerfristige Zukunft überwiegt die Skepsis: Viele sehen die Unternehmen des Landes bei der Digitalisierung im Rückstand und die Autoindustrie auf dem absteigenden Ast. Das Vertrauen in die Zukunftsorientierung der Führung ist überschaubar. Durchaus nicht zu Unrecht.

So wichtig es ist, die aktuelle Lage zu stabi-

lisieren, so wenig darf über all dem Krisenmanagement die entscheidende Aufgabe vergessen werden: die Lösung der längerfristigen Fragen, die von der Krise verdrängt wurden. Schonungslos legte Corona offen, wie weit Deutschland auch gegenüber anderen Ländern von einer sinnvollen Nutzung digitaler Technologien entfernt ist – ob

es um die fast schon vorsintflutlichen Verfahren bei der Nachverfolgung der Kontakte von infizierten geht, um die Meldung der Infektionszahlen oder darum, den Unterricht auf digitale Kanäle umzustellen. Auch die Krise der

Autoindustrie zeichnete sich bereits vor Corona deutlich ab und hat viel mit falscher Selbstgewissheit zu tun. Neue Technologien – ob beim Antrieb oder bei der Digitalisierung – werden so lange belächelt, bis man zu einer Aufholjagd gezwungen wird, die dann nur noch schwer zu gewinnen ist. Überheblichkeit ist nicht nur ein unsympathischer Zug – angesichts der starken Konkurrenz wird sie vielmehr zur ersten Gefahr.

Eine langfristige Orientierung ist für das Gemeinwesen wichtig – doch in der Praxis setzt sich diese Erkenntnis nicht oft durch. Investitionen in die Bildung kosten Geld, dessen Einsatz sich erst viel später auszahlt, wenn möglicherweise längst andere Verantwortungsträger im Amt sind. Auch Topmanager werden weniger für das gefeiert, was sie in den nächsten Jahren vorhaben, sondern eher für das, was sie abliefern. Die Amtszeit begrenzt allzu oft auch den Horizont.

Die Umfrage zeigt, dass viele Menschen diesen weiteren Horizont vermissen. Die hohe Zufriedenheit mit der Krisenbewältigung zeigt jedoch, dass die Menschen nach wie vor Vertrauen in die Verantwortlichen haben. Dieser Rückenwind ist zugleich eine Verpflichtung, nun bald das anzupacken, was schon viel zu lange liegengeblieben ist.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

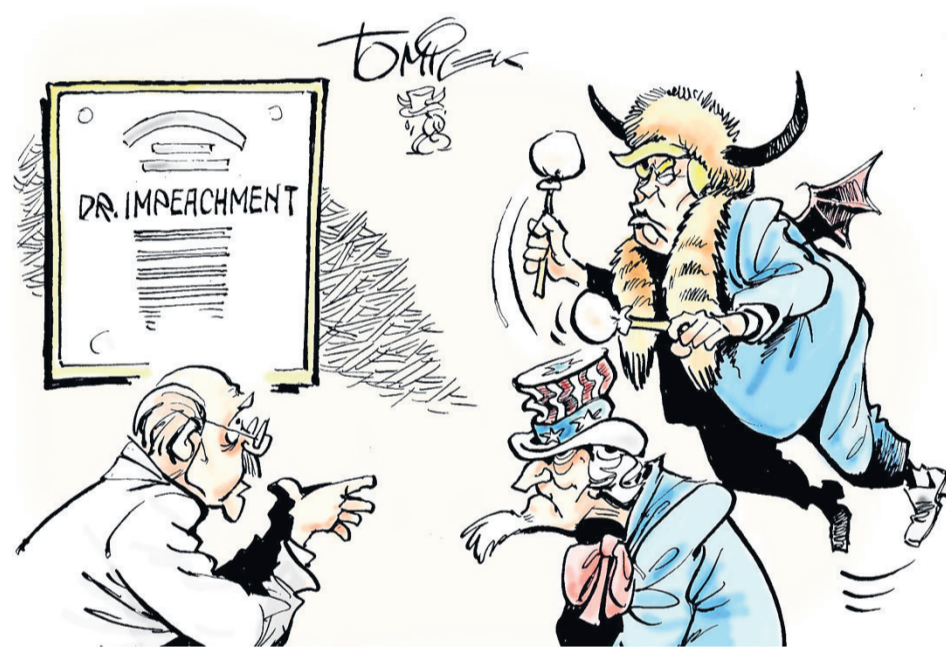
Amtsenthhebungsverfahren eingeleitet

Der US-Präsident Donald Trump muss sich in einem Impeachment-Verfahren im Senat für seine Rolle bei den Krawallen in Washington verantworten. Er geht damit schon jetzt in die Geschichtsbücher ein – als Negativbeispiel.

WASHINGTON. Nach der Erstürmung des US-Kapitols durch Anhänger von Donald Trump hat das Repräsentantenhaus ein erneutes Amtsenthebungsverfahren gegen den abgewählten Präsidenten eröffnet. Die Kongresskammer stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. Damit geht Trump in die Geschichte ein: Noch nie wurden gegen einen US-Präsidenten gleich zwei Amtsenthebungsverfahren eröffnet. Bei dem Votum in der Kongresskammer stimmten auch mehrere republikanische Abgeordnete dafür, ihren Parteikollegen aus dem Amt zu entfernen. Hintergrund ist die Erstürmung des US-Kapitols durch Anhänger Trumps, für die der Präsident in der Impeachment-Resolution persönlich mitverantwortlich gemacht wird.

Aufgebrachte Trump-Unterstützer waren am Mittwoch vergangener Woche nach einer aufstachelnden Rede des Präsidenten in das Kapitol eingedrungen. Dort war der Kongress zusammengekommen, um Bidens Wahlsieg formell zu bestätigen. Mehrere Menschen kamen bei den Krawallen ums Leben. Der beispiellose Gewaltausbruch im politischen Zentrum der USA löste national wie auch im Ausland einen Schock aus. Die Demokraten warfen Trump vor, er habe die Ausschreitungen angezettelt, und bereiteten innerhalb weniger Tage ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn vor. In der Resolution zur Eröffnung des Verfahrens wird Trump als „eine Gefahr für die nationale Sicherheit, die Demokratie und die Verfassung“ bezeichnet.

„Der Präsident der Vereinigten Staaten ist ein Aufrührer“, brachte die Texanerin Sheila Lee-Jackson, eine der prominentesten Afroamerikanerinnen der Kammer, auf einen Satz, was sie Trump zur Last legt. Der Präsident stelle eine akute Gefahr für die Republik dar, erklärte Jamie Raskin, der Politiker, dem Parlamentschefin Nancy Pelosi die Federführung für das Verfahren übertragen hatte. Umso dringlicher sei es, ihn abzusetzen. Auf der anderen Seite warnten konservative Abgeordnete, noch immer vor dem offenen Bruch mit Trump zurückerschreckend, vor einem Verfahren, das die Spaltung im Land nur vertiefe. Nach dem Trauma des



„Ich fürchte, das ist ein Fall für den Exorzisten!“

Karikatur: Jürgen Tomicek

6. Januars müsse man zusammenfinden, während ein Impeachment das genaue Gegenteil bewirke, sagte Tom Cole aus Oklahoma. Von

Trump muss sich nun einem Impeachment-Verfahren im Senat stellen. Die Entscheidung in einem Amtsenthebungsverfahren fällt immer in dieser Kongresskammer, die bei dem Prozedere die Rolle eines Gerichts einnimmt. Im Senat wäre eine Zweidrittelmehrheit nötig, um Trump am Ende zu verurteilen. Dafür müssten sich zahlreiche republikanische Senatoren auf die Seite der Demokraten schlagen. Ob es dazu kommen könnte, ist nach jetzigem Stand unklar. Auch der genaue Zeitplan für das weitere Prozedere ist offen. Trump scheidet mit der Verurteilung seines demokratischen Nachfolgers Joe Biden am 20. Januar automatisch aus dem Amt. Aller Voraussicht nach wird eine Entscheidung in dem Amtsenthebungsverfahren erst nach dem Ende von Trumps Amtszeit fallen. Neben der Amtsenthebung sieht die Resolution auch vor, dass Trump für

künftige Regierungsämter gesperrt werden soll. Damit würde ihm eine etwaige Präsidentschaftskandidatur 2024 verwehrt. Führende Demokraten hatten außerdem argumentiert, es sei wichtig, ein Beispiel zu setzen, um Trumps Vorgehen zu verurteilen und damit auch ähnlichen Verfehlungen künftiger Präsidenten vorzubeugen.

Trump hatte in seiner Amtszeit bereits zuvor ein Amtsenthebungsverfahren über sich ergehen lassen müssen – als erst dritter Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten. In dem ersten Verfahren musste er sich in der sogenannten Ukraine-Affäre wegen Machtmissbrauchs und der Behinderung von Kongressermittlungen verantworten. Im Februar 2020 wurde er am Ende jedoch von allen Vorwürfen freigesprochen – mit der Mehrheit seiner Republikaner in der Kammer. Seitdem haben sich jedoch einige Parteikollegen von ihm abgewandt. Die Krawalle am Kapitol in Washington hatten auch in den Reihen der Republikaner große Empörung ausgelöst. (fh/dpa)

FDP fordert mehr Freihandel mit den USA

VON THORSTEN KNUF

BERLIN. Wenige Tage vor dem Amtsantritt des gewählten US-Präsidenten Joe Biden mehren sich in Deutschland die Stimmen, die einen Neustart in der transatlantischen Handelspolitik fordern. Der Bundestag berät am Donnerstag einen Antrag der FDP-Fraktion, mit dem die Regierung aufgefordert werden soll, sich für eine handelspolitische Offensive der Europäischen Union einzusetzen – inklusive des langfristigen Ziels, einen Freihandelsraum zwischen Europa und Nordamerika zu schaffen.

Dieser soll beiden Seiten ermöglichen, gemeinsam gegen Akteure wie China „weltweite Standards auf Grundlage freiheitlich-demokratischer Werte setzen zu können“, wie es in dem Text heißt. Die Gespräche zwischen der EU und den USA über eine Handels- und Investitionspartnerschaft (TIIP) waren 2017 mit dem Amtsantritt des scheidenden Präsidenten Donald Trump zum Erliegen gekommen.

Später führte Trump im Rahmen seiner „America first“-Politik Strafzölle ein. Biden tritt sein Amt am kommenden Mittwoch an. Er will wieder den Schulterschluss mit den Europäern suchen. In seiner demokratischen Partei gibt es allerdings auch viele Freihandelskzeptiker. In Deutschland ist gleichwohl die Hoffnung groß, dass nun eine neue Phase beginnt. „Ich glaube, dass es eine Chance für einen Neustart gibt“, sagte CDU-Wirtschaftsexperte Joachim Pfeiffer. „Und es gibt die Chance, dass die Amerikaner ihre Blockadehaltung im multilateralen System aufgeben.“ Wenn Einrichtungen wie die Welthandelsorganisation (WTO) nicht funktionieren, gebe es nur Verlierer. Die Europa-Expertin der Grünen, Franziska Brantner, sagte: „Mit Biden als US-Präsident kann die EU zusammen eine neue Ära des fairen und nachhaltigen Handels angehen.“

Koalitionsbruch in Rom

Der Ex-Regierungschef Renzi kündigt Rücktritte seiner Partei an.

ROM. Der frühere italienische Regierungschef Matteo Renzi hat am Mittwoch die Rücktritte der von seiner Partei Italia Viva gestellten Ministerinnen angekündigt. Dabei handelt es sich um Landwirtschaftsministerin Teresa Bellanova und Familienministerin Elena Bonetti. Wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete, wollte auch der Staatssekretär im Außenministerium, Ivan Scalfarotto, abtreten. Mit dem Auszug der Partei Italia Viva spitzt sich die Krise der Mitte-links-Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte weiter zu.

Conte hatte am Mittwoch nach eigenen Angaben bereits mit Staatspräsident Sergio Mattarella über den Streit in der Koalition gesprochen. Das Bündnis regiert seit September 2019. Sollte die Regierung nach den Rücktritten stürzen, käme dem Staatschef eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen über das weitere Vorgehen zu.

Die Differenzen in der Regierung zwischen Renzi und Conte drehen sich zuletzt um die Pläne zur Verwendung der EU-Mil-

liardenhilfen für die Corona-Krise. Das Land ist hart getroffen vom Virus. Am Mittwoch hat das Land die Marke von 80.000 bei den Corona-Toten überschritten. Offiziell meldeten die Behörden 80.326 Verstorbene seit Beginn der Pandemie.

Renzis Partei ist zwar winzig, aber die Regierung war zuletzt im Parlament mehrfach auf ihre Stimmen angewiesen – besonders im Senat, der kleineren der beiden Kammern. Italienische Medien vermuteten, dass Regierungschef Conte Neuwahlen vermeiden möchte. Er könnte im Parlament die Vertrauensfrage stellen und versuchen, andere Mehrheiten zu finden. Der Regierungschef selbst hatte am Mittwoch gesagt, er brauche eine solide Mehrheit für seine Regierung. Reguler sind Parlamentswahlen in Italien erst 2023 zu erwarten. In Contes Bündnis sind die populistische Fünf-Sterne-Bewegung und die einst von Renzi geführten Sozialdemokraten (PD) die großen Kräfte. Hinzu kommt neben Italia Viva die zweite Kleinpartei Liberi e Uguali. (dpa)

Kommentar

Renzi, der Querulant

Wieder einmal wird in Italien die Regierung gestürzt – wieder einmal ist Matteo Renzi an allem schuld.

VON ALMUT SIEFERT

Italia Viva heißt die Kleinpartei, die Italien nun zu Boden reißt. Ihr Chef: Ex-Premierminister Matteo Renzi. Dem ehemaligen Sozialdemokraten fällt gerade nichts Besseres ein, als die Regierungsarbeit mit seiner Ex-Partei, dem Partito Democratico, und der Fünf-Sterne-Bewegung unter der Führung des parteilosen Giuseppe Conte aufzukündigen.

Seit Wochen geht der 46-Jährige damit den Koalitionspartnern auf die Nerven – nun ließ er Taten sprechen und zog am Mittwochabend seine zwei Ministerinnen aus der Regierung ab. Ausgerechnet jetzt, in der zweiten Welle der Corona-Pande-

mie, die auch Italien mit voller Wucht trifft, die auch hier täglich Hunderte Tote fordert und die ohnehin schon schwächelnde Wirtschaft an den Rand des Abgrunds treibt, stürzt Renzi nun auch noch die italienische Politik ins Chaos und die Regierung wieder einmal in eine schwere Krise. Der Zeitpunkt für langwierige Personalverhandlungen oder gar Neuwahlen könnte schlechter nicht sein.

Seinen Ruf als arrogant und dickköpfig hat der Florentiner schon lange weg. Die jetzige Aktion ist nur ein weiterer Ausdruck seiner kleinbürgerlichen Großmannsucht. Italia Viva gründete Renzi im Herbst 2019. 31 Abgeordnete und 18 Senatoren konnte er aus der gewählten Riege anderer Parteien abwerben.

Bei Neuwahlen käme Italia Viva laut Umfragen auf nur etwa drei Prozent. Doch für die knappe Regierungsmehrheit Contes sind Renzis Leute leider das Zünglein an der Waage. Dass Renzi dies ausnützen würde, war bereits bei Gründung der Koalition klar. Womit der Querulant seinem Ruf mal wieder alle Ehre macht.

almut.siefert@stuttgarter-nachrichten.de